Nr. 196. — Zweites Blatt.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 28. April 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 27. April.

## Preußischer Landtag.

### Herrenhaus.

#### 11. Plenarsitzung vom 27. April. 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die Interpellation des Grafen Klinckowström: „Welche Schritte hat die königlich preußische Staatsregierung gethan, um beim Bundesrath die Aufhebung der gemischten Transitläger, Zollkredite und Mühlenkonten zu erreichen und welche Erfahrungen sind in Preußen mit dem vom Bundesrath unterm 16. Dezember 1897 erlassenen Regulativ für Getreidemühlen und Mälzereien gemacht?"

Finanzminister v. Miquel erklärte sich bereit, die Interpellation am Schlusse der Etatsberathung zu beantworten. In Folge dessen wird die Interpellation vorläufig zurückgestellt und in die Etatsberathung eingetreten.

Den Generalbericht erstattet Graf von Königsmarck, der auf den günstigen Stand der Finanzlage verweist und unveränderte Annahme des Etats beantragt, ebenso wie der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Resolution, betr. die Bildung eines außeretatsmäßigen Dispositionsfonds von 20 Millionen für Zwecke der Eisenbahnverwaltung und die Verwendung weiterer vorhandener Ueberschüsse bis zur Höhe von 30 Millionen Mark zur Vermehrung der Betriebsmittel und Erweiterung der Bahnanlagen.

Diese Resolution wird zunächst debattelos angenommen.

In der Generaldiskussion bringt

Graf Stolberg-Wernigerode die Frage des Nothstands ländlicher Arbeitskräfte zur Sprache, der bestehen werde, so lange die Industrie blühe und die Arbeitskräfte vom Lande heranziehe. Von den zur Abhülfe gemachten Vorschlägen verspreche er sich nicht viel, die Hauptsache sei, daß die Landwirthschaft so gekräftigt werde, daß sie höhere Löhne zahlen könne. Redner empfiehlt ferner eine Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes, weil dasselbe unvereinbar mit der Freizügigkeit sei. Die Freizügigkeit könne nicht beseitigt werden, aber der Arbeiter müsse da unterstützt werden, wo er sein Brod gesucht habe und nicht von der Heimathsgemeinde. (Sehr richtig!) Schaffe man nicht Abhülfe, so werde schließlich nichts übrig bleiben, als polnische Arbeiter ins Land zu ziehen. (Beifall.)

v. Koscielski verweist auf den jüngsten Erlaß über die Pflichten der Beamten in den östlichen Provinzen, der die Beamten zu Privatagenten der Vereinigung zur Förderung des Deutschthums mache. Ob das ihrer Autorität förderlich sei, sei doch zweifelhaft. Der Erlaß trage zur Zerrüttung der Verhältnisse im Osten bei und diene nicht dem Deutschthum. Er konstatire, daß daran nicht die Polen, sondern die Regierung schuld sei. Die Politik der Regierung scheitere schon an der Frage des Arbeitermangels auf dem Lande, sie habe auf beiden Seiten eine Klique geschaffen, die nur von der Hetze lebe.

Minister v. Miquel bezeichnet den Erlaß als einen durchaus gemäßigten, der jede Agression gegen die Polen ausschließe. Aber man sollte nur die polnischen Blätter lesen, wie sie der Regierung täglich Schimpfworte an den Kopf werfen und ihr moral insanity nachsagen. Mit Entschiedenheit müsse er die Bezeichnung der Beamten als Agenten einer privaten Vereinigung zurückweisen. (Beifall.) Die Regierung sei der Ansicht, daß eine Kräftigung des Deutschthums in den gemischt-sprachlichen Landestheilen zugleich eine Kräftigung des preußischen Staatsgedankens bedeute, und danach werde sie handeln. (Beifall.) Ueber die Frage des ländlichen Arbeitermangels habe der Landwirthschaftsminister im Abgeordnetenhause die Ansichten der Regierung dargelegt. Die Freizügigkeit könne nicht aufgehoben werden, es würde dies auch nicht den Interessen der Landwirthschaft entsprechen. Die Hauptursache des Arbeitermangels liege in der ungünstigen Lage der Landwirthschaft. (Zustimmung.) Auch andere Ursachen wirken dabei mit. Auf die Frage des Unterstützungsgesetzes gehe er nicht ein, da sie mit dem Arbeitermangel nur wenig in Beziehung stehe, nur darauf möchte er hinweisen, ob sich nicht eine Reform nach holländischem Muster empfehlen möchte. (Beifall.)

Graf Hutten-Czapski bedauert, daß der Etat dem Herrenhause wieder so spät zugegangen sei.

Freiherr v. Durant tritt den Ausführungen des Grafen Stolberg bei und beleuchtet dann den landwirthschaftlichen Nothstand.

Freiherr v. Manteuffel wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn v. Koscielski und führt aus, daß die polnische Nationalität bestrebt sei, das Deutschthum zu unterdrücken.

Oberbürgermeister Braesicke vertheidigt den Erlaß des Staatsministeriums, der sich innerhalb des nobile officiums der preußischen Regierung halte, das Deutschthum überall zu schützen und zu stärken. Bei dem Arbeitermangel sei das Hauptgewicht auf die Stärkung der Liebe zum Grund und Boden zu legen. Dadurch würden die Arbeiter von der Auswanderung nach dem Westen abgehalten werden. (Beifall.)

Damit schließt die General-Diskussion.

In der Spezialberathung des Eisenbahn-Etats bemängelt Graf Mirbach die Bahnsteig-Sperre.

Graf Klinckowström dankt für die zu Gunsten des ostpreußischen Getreideverkehrs getroffenen Tarif-Maßnahmen.

Auf eine Anregung des Herrn v. Bemberg-Flamersheim bemerkt der Minister Thielen, daß über die Arbeiterfahrpreise nicht in allen Theilen des Landes die gleichen Ansichten bestehen und die Regierung es bei dem bisherigen Tarif belassen wolle.

Die Herren v. Klitzing und Graf von Mirbach treten für die Verwendung inländischen Schwellen-Holzes, letzterer namentlich für Buchenholzschwellen ein.

Minister Thielen sagt möglichste Berücksichtigung zu. Die Verwendbarkeit der Buchen-Schwellen werde verschieden beurtheilt.

Freiherr v. Stumm widerspricht der Ansicht, daß Holzschwellen unter allen Umständen eisernen Schwellen vorzuziehen seien. Er unterlasse ein näheres Eingehen hierauf, um den Schein zu vermeiden, als spräche er pro domo.

Nach einigen lokalen Wünschen verschiedener Herren wird der Eisenbahn-Etat genehmigt und sodann die weitere Etatberathung auf morgen (Donnerstag) 12 Uhr vertagt.

Schluß 4¾ Uhr.

## Zur Wahlbewegung.

Die freisinnige Vereinigung erläßt folgenden Wahlaufruf: Die am 16. Juni stattfindenden Reichstagswahlen stellen die deutschen Wähler vor eine ernste Entscheidung. Dem Liberalismus einen größeren Einfluß auf die Entwickelung des deutschen Reiches zu verschaffen, ist die gemeinsame Aufgabe aller Liberalen. In der letzten Legislaturperiode sind für die Landesvertheidigung bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt worden. Das Heeresgesetz von 1893 hat dem deutschen Volke, ohne Mehrbelastung der weniger Leistungsfähigen, neben erhöhter Wehrkraft die seit Jahrzehnten verlangte zweijährige Dienstzeit gebracht. Wir sind nach den inzwischen gemachten Erfahrungen und den ausdrücklichen Erklärungen der Kriegsverwaltung zu der Zuversicht berechtigt, daß die zweijährige Dienstzeit dem Volk erhalten bleibt. Durch die vom Reichstage angenommene Flottenvorlage ist die zur wirksamen Vertheidigung unserer Küsten und zum Schutze unseres stetig wachsenden überseeischen Handels nothwendige Verstärkung der Kriegsmarine nach einem festbegrenzten Plane gesichert. Die Ausführung des Planes wird voraussichtlich neue Steuern nicht erfordern. Bereitwillig ist die freisinnige Vereinigung für die Verstärkung dieser Machtmittel eingetreten. Den erweiterten Machtmitteln des Reiches aber muß eine Erweiterung der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes entsprechen. Die freisinnige Vereinigung ist für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Handelsverträge, für die Sicherung der von allen bimetallistischen Experimenten absehenden Goldwährung, gegen jede Veränderung des Reichsbankgesetzes, durch welche unser Zentralbankinstitut den bisherigen soliden Grundsätzen der Kreditgewährung entfremdet wird, und für eine Reform des Börsengesetzes wie sie die Bedürfnisse eines mitten im Welthandel stehenden Landes erfordern. Entgegen diesen Zielen ist in den letzten Jahren eine mit großen Mitteln betriebene Agitation bestrebt, die Gesetzgebung mehr und mehr in den Dienst einseitiger wirthschaftlicher Interessen zu stellen. Die Handelsvertragspolitik wird auf das heftigste bekämpft. Den Regierungen ist ein Bruch der Verträge zugemuthet worden. Bedroht sind auch die wichtigsten politischen Rechte: das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freizügigkeit und das Reichstagswahlrecht. Ein großes modernes Staatswesen wie das deutsche Reich darf keine engherzige und kleinliche Politik treiben. Nicht durch künstliche Preissteigerungen und Beschränkungen des Verkehrs kann man der Landwirthschaft und dem Handwerk günstige Lebensbedingungen verschaffen, sondern nur durch die Steigerung der wirthschaftlichen Tüchtigkeit, durch Erhöhung allgemeiner und technischer Bildung, durch Erleichterung und Verbilligung des Verkehrs, durch die Ausgestaltung des Kanal- und Eisenbahnnetzes, durch Vermehrung und Stärkung des bäuerlichen Grundbesitzes, insbesondere im Wege der inneren Kolonisation, durch Förderung von Genossenschaften und Meliorationen, durch größere Gerechtigkeit im Steuerwesen. Wir bekämpfen jede Gesetzgebung, die eine Schädigung der großen Massen, insbesondere der Arbeiter, zur Folge hat oder die politische Gleichberechtigung einzelner Volksklassen beschränkt. Deshalb kein Sozialistengesetz und kein Umsturzgesetz, volles Koalitionsrecht, unbehinderte Freizügigkeit, Verbesserung und Vereinfachung der Arbeiterversicherungsgesetze, ein freiheitliches Reichsvereinsgesetz, unzweideutige Anerkennung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und Sicherung des Wahlgeheimnisses. Angesichts der großen politischen und wirthschaftlichen Gefahren fordern wir unsere Gesinnungsgenossen im Lande auf, sich mit Nachdruck an der Wahlbewegung zu betheiligen, unter Verzicht auf alle Nebendinge nur die wichtigen Interessen des Liberalismus im Auge zu behalten und durch kraftvolle Vertretung liberaler Grundsätze ihren Patriotismus zu bethätigen.

Die freisinnige Vereinigung.
J. A.:
Dr. L. Bamberger. Dr. Th. Barth.
Fr. Goldschmidt. Paul Jonas. Dr. H. Pachnicke.
H. Rickert. K. Schrader.

Dieser Wahlaufruf steht durchaus auf dem Boden einer nationalen und dabei rückhaltlos liberalen Politik, wie die freisinnige Vereinigung sie seit der Lostrennung von den Herren Richter und Genossen bethätigt hat, in ersterer Beziehung durch die Zustimmung zur Heeres- und Flotten-Verstärkung. Zwischen den Vertretern dieser Politik und denjenigen Nationalliberalen, welche an den politisch und wirthschaftlich liberalen Ueberlieferungen ihrer Partei festhalten, ist ein trennender Unterschied nicht zu erkennen; zwischen diesen beiden Gruppen ist Zusammenwirken von selbst gegeben, und es wird sich, wie wir nicht bezweifeln, in den einzelnen Wahlkreisen seitens der Wähler vollziehen.

## Amerika — Spanien.

Die wichtigste Nachricht, die gestern vorlag, ist — wenn sie sich bestätigt — die, daß ein englisches Schiff einen Theil der spanischen Flotte, Kreuzer und Torpedoboote, auf dem Wege nach der Nordküste Amerikas im atlantischen Ozean getroffen habe. Das ließe auf einen sehr rasch und heimlich geplanten und ins Werk gesetzten Angriffsplan der Spanier auf die amerikanischen Häfen der Ostküste, möglicherweise sogar auf Newyork, schließen. Thatsächlich ist die spanische Torpedobootsflotte und ein Theil der Kriegsflotte seit einer Reihe von Tagen verschollen, so daß die Möglichkeit eines derartigen kühnen Angriffs nicht ausgeschlossen ist.

Nach einer Londoner Nachricht kreuzen zwei spanische Torpedoboote in der Nähe der Casquets-Felsen bei der Insel Alderney; ein großer armirter Dampfer, der ebenfalls spanischer Nationalität sein soll, ankert zwischen dem Loubre-Felsen und Quessant. Ferner wird gemeldet, daß ein spanisches Torpedoboot gestern früh Dover in westlicher Richtung passirt habe. Dagegen trifft aus Sao Vincente die Nachricht ein, daß das spanische Geschwader noch immer dort sei. Nach Meldungen aus Madrid ist ein aus vier Panzerschiffen und drei Torpedojägern bestehendes spanisches Geschwader gestern in See gegangen. Es geht das Gerücht, das Geschwader solle die Haupt-Hafenplätze der amerikanischen Nordstaaten angreifen. Ein anderes Geschwader sei in Cadix in Bildung begriffen.

Nach einer amtlichen Depesche aus Manila theilte der Gouverneur von Iloilo mit, daß das amerikanische Schiff „Saranac" von dem spanischen Kanonenboot „El Cano" aufgebracht und in den dortigen Hafen eingebracht sei. Das Schiff hatte eine Ladung von 1640 Tonnen Kohlen an Bord und 13 Mann Besatzung. Das Telegramm fügt hinzu, das amerikanische Geschwader habe sich noch nicht gezeigt, werde aber jeden Augenblick erwartet. Die spanischen Schiffe seien bereit, es zu empfangen.

Die nordamerikanische Regierung hat den brasilianischen Kreuzer „Nictheroy" mit der Bedingung gekauft, daß er an irgend einem Punkt der Küste der Vereinigten Staaten abgeliefert werden solle. Wie verlautet, soll der „Nictheroy" die Reise nach Nordamerika unter Maskirung als Handelsdampfer mit Kohlenladung angetreten haben, wobei wenig Risiko ist, da das sehr schnelle Schiff völlig das Aussehen eines Handelsdampfers hat. Im Jahre 1893 ist der „Nictheroy" in Newport News an der Chesapeake-Bay als Schnelldampfer gebaut, etwa sechs Monate nach seiner Fertigstellung von Brasilien angekauft und dort zum Kriegsschiff umgewandelt. Das Schiff ist aus Stahl gebaut, hat 7080 Tons Deplacement, eine Schraube und 19 Knoten Geschwindigkeit. Die Maschine und die Kessel sind nur durch die Kohlenvorräthe etwas gegen Geschützfeuer geschützt. Die Armirung besteht aus 1—4,7" und 2—3,9" Schnellladekanonen, 18 kleineren Kanonen und Mitrailleusen und einem großen 15" Geschütz zum Schleudern von Dynamitgeschossen. Für Howell-Torpedos hat das Schiff vier Abgangsrohre.

Wie aus Newyork gemeldet wird, sind Dienstag Abend 4000 Mann von Chicago nach dem Lager von Springfield abgegangen. Der Gouverneur von Maine hat angeordnet, daß die Streitkräfte dieses Staates am 2. Mai mobil gemacht werden. — Das Torpedoboot „Cushing" ist dienstunfähig, weil seine Maschine während der Manöver vollständig unbrauchbar geworden ist. — Die Konzentration der großkalibrigen Artillerie bei San Francisco hat begonnen; an den Küsten bei San Francisco soll auch ein Patrouillendienst eingerichtet werden.

Eine Depesche des „Newyork Herald" aus San Juan auf Puerto Rico meldet, die Spanier hätten den Versuch begonnen, die seit langer Zeit vernachlässigten Befestigungen wieder in Stand zu setzen. Nur der Bau einer neuen Batterie östlich des Forts Cristobal schreite rüstig fort, 14 gezogene Geschütze großen Kalibers würden dort aufgestellt. Auch würden große Vorbereitungen zur Vertheidigung der Einfahrten der Häfen durch Minen u. s. w. getroffen.

Nicht nur Mac Kinley's demokratischer Gegenkandidat Bryan, sondern auch die Milliardärsöhne Vanderbilt, Astor und Gould nehmen Dienste als Freiwillige und reisen nach Kuba ab.

Das Postamt in Newyork ist angewiesen worden, alle für Spanien bestimmten Postsendungen anzuhalten.

Weiter liegen folgende Nachrichten vor:

Frankreich und England protestirten in Washington und Madrid gegen die Zerstörung der neutralen Gesellschaften gehörenden Kabellinien.

In der italienischen Deputirtenkammer antwortete der Unterstaatssekretär des Aeußeren Graf Bonin auf eine Anfrage des Deputirten Carlo di Rudini und Anderer, Spanien habe thatsächlich erklärt, es rechne den Schwefel unter die Kriegskontrebande. Die italienische Regierung sei von der Wichtigkeit des Schwefelhandels für Italien und besonders Sizilien durchdrungen und ebenso von den ihr obliegenden Pflichten. Aber die Wichtigkeit der Sache zugegeben, so bitte er doch, für heute sich mit der Versicherung zu begnügen und zu gestatten, daß er zur Zeit von weiteren Erklärungen Abstand nehme. Auf eine Anfrage des Deputirten Nocito erklärt Ministerpräsident di Rudini, der Regierung sei keine Mittheilung zugegangen von einer Anwerbung von Matrosen für Rechnung der Vereinigten Staaten. Jedenfalls würden Verfügungen erlassen werden, daß die Neutralitätspflichten und die Bestimmungen des Strafgesetzes zu respektiren sind. In Beantwortung einer Anfrage Lochis erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußern Graf Bonin, weder der Vertrag vom Jahre 1871 zwischen Italien und den Vereinigten Staaten, noch das neuerliche spanische Dekret führe Kohle unter den als Kriegskontrebande angesehenen Artikeln auf; es liege deshalb keinerlei Gefahr für den internationalen Kohlenhandel vor.

Madrid, 27. April. Der kommandirende Admiral in Manila meldete telegraphisch, daß er mit dem Geschwader ausgelaufen sei, um Aufstellung zu nehmen und den Feind zu erwarten. — Nach einer amtlichen Meldung befindet das amerikanische Geschwader sich noch vor Havanna, aber in großer Entfernung. Ein amerikanisches Schiff näherte sich, wie die Meldung weiter besagt, der Küste und machte den Versuch, eine Freibeuter-Expedition zu landen. Das spanische Kanonenboot „Ligero" griff das Schiff an und zwang es, sich unverrichteter Sache zurückzuziehen.

London, 27. April. Das heute in Cork eingelaufene Schiff „Killarney" meldet, daß es gestern auf See unweit Cork den amerikanischen Dampfer „Shenandoah" gesprochen habe. Hiernach stellt sich die Nachricht, daß die „Shenandoah" von den Spaniern weggenommen sei, als unbegründet heraus.

## Aus dem Reiche.

Der Kaiser hat zur Hebung der Leistungs- und Erwerbsfähigkeit der Bevölkerung in den schlesischen Weberbezirken ein weiteres Gnadengeschenk von 45 000 Mark aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds bei der Generalstaatskasse bewilligt. — Der Kaiser hat an den Obersten a. D. v. Ziegler in Berlin das nachstehende Telegramm gesandt: „Dresden, den 23. April 1898. Sie leiden noch an den schweren Wunden, welche Sie vor fünfzig Jahren beim wackeren Franz-Regiment in Schleswigs heißer Schlacht erhielten. Ihnen gilt daher an dem heutigen Tage Mein ganz besonderer Gruß. gez. Wilhelm R." — Dem Geh. Hofrath Rudolf Schulz vom Militärkabinet sind zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum mannigfache Auszeichnungen zu Theil geworden. Im Namen des Kaisers überreichte der Chef des Militärkabinets, General von Hahnke, dem Gefeierten den Kronenorden 2. Klasse, indem er zugleich Worte der Anerkennung hinzufügte. — Ein parlamentarischer Bierabend fand gestern beim Finanzminister Dr. v. Miquel statt. Es waren an 360 Herren Einladungen ergangen, doch hatten ihr nur etwa 250 Folge geleistet. Die Erschienenen wurden von Excellenz v. Miquel in den Vorsälen, wo kleinere Tafeln aufgestellt waren empfangen, später wurden die Thüren zum großen Speisesaal geöffnet und die Menge ergoß sich zum größten Theil in die hell erleuchteten Räume. Außer den Ministern waren mit Einladungen Mitglieder des Herren- und Abgeordnetenhauses sowie des Reichstages beehrt worden. Herren- und Abgeordnetenhaus hatten bei Weitem mehr als der Reichstag entsandt. Man bemerkte die Minister v. Schönstedt, Freiherr v. Hammerstein, v. Goßler, Dr. Bosse, ferner Graf Eulenburg, Excellenz v. Delbrück, Frhrn. v. Stumm, Geh. Rath Hansemann, Prinz Arenberg, Reichsbankpräsident Dr. Koch, Excellenz v. Lucius, Geh. Rath v. Wilmowsky, Professor Fränkel, den neuen Direktor des Kolonialamts Dr. v. Buchka, die Reichstagsabgeordneten Hammacher, Rickert und Andere mehr. Die Unterhaltung war eine durchaus zwanglose; viel erörtert wurde das gestrige Renkontre des Unterstaatssekretärs v. Bülow mit Bebel im Reichstage, ferner der spanisch-amerikanische Krieg und die Wahlaussichten. Schon gegen 10½ Uhr verließen zahlreiche Gäste die Festlichkeit, die etwa gegen 12 Uhr ihr Ende erreichte. — Der sächsische Landtag wird am 11. Mai geschlossen. — In der in Hannover abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins für Hebung der Fluß- und Kanalschifffahrt in Niedersachsen theilte der Vorsitzende, Schatzrath Lichtenberg, mit, daß die Staatsregierung den ernsten Willen habe, dem nächsten Landtage eine umfassende Vorlage über den Mittellandkanal zu machen; er betonte auch das lebhafte Interesse des Kaisers an der Kanalsache.

## Deutschland.

Berlin, 28. April. Die „Berl. Korresp." schreibt: Durch die Zeitungen wird die Behauptung verbreitet, daß bezüglich der Regelung der Gehaltsfrage der Geistlichen die katholische Kirche vor der evangelischen von der Staatsregierung in tendenziöser Weise bevorzugt worden sei. Diese Behauptung ist in vollem Umfange unrichtig und beruht auf Unkenntniß der Verhandlungen der Synoden sowie der Bestimmungen der vorliegenden Gesetzentwürfe. Es ist unrichtig, daß die Vertreter der Staatsregierung in den Synoden den Uebergang der Verwaltung der Pfründen auf die Kirchengemeinden als Bedingung der staatlichen Hülfe hingestellt hätten. Im Gegentheil ist, wie die gedruckten Verhandlungen ausweisen, überall betont worden, daß der Staat in dieser Beziehung den einzelnen Synoden die völlig freie Entschließung überlasse. Der Gedanke der Errichtung einer Alterszulagekasse ist von allen evangelischen Kirchenbehörden und Synoden ohne Weiteres als ein glücklicher acceptirt worden, da man kirchlicherseits nicht wünschte, daß die Kirchengemeinden mit Lasten, die je nach dem Dienstalter des Geistlichen steigen, zwangsweise belegt würden. Die staatlicherseits gestellte Bedingung ging nur dahin, daß, wenn eine Alterszulagekasse errichtet würde, diese als gemeinsame Einrichtung aller evangelischen Landeskirchen hergestellt werden müsse, und daß man sich auf besondere Kassen für die einzelnen Kirchen nicht einlassen könne. Die Gemeinsamkeit ist auch in dem Gesetz für die katholischen Geistlichen festgehalten und in noch viel höherem Maße insofern durchgeführt, als den einzelnen Diözesen nicht bestimmte Antheile an dem für die katholische Kirche festgesetzten Gesamtbetrage überwiesen werden. Diese Antheile werden vielmehr periodisch von der Staatsregierung den einzelnen Diözesen zugetheilt. Eine Ueberweisung der Staatsmittel zur freien Verwendung an die einzelnen Kirchenbehörden ist vom Staate sowohl gegenüber der evangelischen als der katholischen Kirche abgelehnt worden. An dieser Bedingung ist gegenüber der katholischen Kirche in vollem Umfange festgehalten worden. Auch für die katholische Kirche gilt die Bestimmung, daß jede Bewilligung oder Versagung einer Beihülfe an eine leistungsunfähige Kirchengemeinde der Zustimmung des Regierungspräsidenten bedarf, und daß die Schlußentscheidung dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zusteht. Die erhobenen Bedenken sind hiernach nicht begründet.

— Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Mr. Andrew White, hat Dresden am Sonntag Abend verlassen und seine Gemahlin nach Bremerhafen geleitet, wo diese sich an Bord des „Kaiser Wilhelm der Große" nach Amerika einschifft. Der Botschafter wurde gestern Abend zurückerwartet.

### Italien.

Florenz, 27. April. In Anwesenheit des Königs und der Königin, der Behörden und einer zahllosen Menschenmenge fand heute die Einweihung der Denkmäler des Staatsmannes und langjährigen Bürgermeisters von Florenz, Peruzzi, und des früheren Ministers Ricasoli statt. Das Königspaar wurde mit großer Begeisterung begrüßt.

Bari, 27. April. Heute Vormittag begingen Volkshaufen wegen der Brodpreise ernste Ausschreitungen. Die Menge richtete namentlich in dem Polizeibureau und in dem Bureau der städtischen Grundsteuerabtheilung Verwüstungen an. Die Banken werden von Truppen bewacht, welche auch die Hauptpunkte der Stadt besetzt halten.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. April. Alle Parteien beriethen heute über die Erklärung Thuns in der Sprachenfrage. Die Polen und die katholische Volkspartei sind befriedigt, die Czechen unbefriedigt. Die oppositionellen Parteien finden die Erklärung ungenügend, sind aber bezüglich weiteren Vorgehens verschiedener Auffassung. Die deutsche Volkspartei und die Schönerergruppe wollen den Sprachenausschuß nicht beschicken, so lange die Sprachenverordnungen bestehen. Die Fortschrittspartei dagegen ist geneigt, in den Sprachenausschuß einzutreten, um auch dort für die Forderung nach Aufhebung der Sprachenverordnungen zu wirken. Die Christlich-Sozialen und der liberale Großgrundbesitz sind für Beschickung des Ausschusses. Heute versammelte sich auch die parlamentarische Kommission der Rechten. Graf Thun nahm an der Sitzung Theil und sprach den Wunsch nach Verständigung in der Sprachenfrage aus. Alle Klubs des Hauses werden morgen die Berathungen über die Sprachenfrage fortsetzen.

## Arbeiterbewegung.

Brüssel, 26. April. Die Antwerpener Droschenkutscher wollen bis ans Ende gehen; sie sind gestern mit ihren Weibern, Kindern und Hunden im malerischen Aufzuge durch die Stadt gezogen. Gestern sollte die alle Monate stattfindende polizeiliche Besichtigung aller Droschken stattfinden; kein Kutscher, keine Droschke waren am Platze. Die Wagenverleiher und Droschkenkutscher wollen die Stadt verklagen und fordern die Einberufung des Gemeinderaths. Bis heute ist noch keine Beilegung des Ausstandes in Sicht. Auch der Ausstand der Brüsseler Ziegelbrenner dauert fort; 100 Ausständige sind von Herrn Magis in Köln angeworben worden und nach Preußen abgegangen; sie sind dort bis zum 1. September beschäftigt.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. April. Zu den Verhandlungen der Generalversammlung der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft bemerkt die Korrespondenz des Verbands gegen agrarische Uebergriffe: In der General-Versammlung hat der eine der im vorigen Jahre eingesetzten Direktoren offen ausgesprochen, daß einen sehr großen Theil der Schuld an den traurigen Verhältnissen der Gesellschaft die Genossen selbst insofern tragen, als sie in die Verwaltung meistens Gutsbesitzer gewählt haben, anstatt den Schwerpunkt auf sachkundige Kaufleute zu legen. Ein Unternehmen, dessen Theilnehmer fast ausschließlich Landwirthe sind, dessen Bestimmung statutengemäß die Förderung der Landwirthschaft war, und das fast ausschließlich landwirthschaftliche Besitzungen belieh, kann man nicht anders als ein agrarisches bezeichnen, und wenn sich herausstellt, daß dabei eine Mißwirthschaft sonder Gleichen betrieben worden ist, so ist man vollauf berechtigt, von einer agrarischen Mißwirthschaft zu sprechen und allein Bestrebungen entgegenzutreten, die darauf hinauslaufen, auch die Reichsbank zum Gegenstande agrarischer Wirthschaftspolitik zu machen. Der frühere erste Direktor, der im vorigen Jahre nach längerem Sträuben zum Rücktritt veranlaßt wurde, war ein ehemaliger Kavallerie-Offizier. Von seiner Auffassung der mit Antritt seines Amtes übernommenen Pflichten und von seinen kaufmännischen Kenntnissen zeugt, daß er die Verantwortlichkeit für die von ihm mitunterzeichneten Bilanzen mit der Begründung abzulehnen sucht, er habe das Beleihungsdezernat gehabt und mit der Aufstellung der Bilanzen nichts zu thun gehabt. Die Art der Beleihung findet, beiläufig bemerkt, dadurch eine gewisse Erklärung. Ueber die Thätigkeit der so sachverständigen Mitglieder des früheren Vorstandes und Aufsichtsrathes werden wohl die vom Staatsanwalt mit Beschlagnahme der Geschäftsbücher eingeleiteten Ermittelungen und die in Aussicht genommene Regreßklage gegen die frühere Verwaltung erst volles Licht verbreiten. Die staatliche Aufsicht durch einen Verwaltungsbeamten hat sich wiederum nicht nur als unzulänglich, sondern geradezu als schädlich erwiesen. Der Kommissar hat offen erklärt, daß man von ihm nicht die kaufmännischen Kenntnisse erwarten könne, die für die Leitung und genaue Kontrolle eines solchen Geschäftes unerläßlich wären. Er selbst hat zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Wenn es aber richtig ist, daß der Kommissar nur das Recht, nicht aber die Pflicht hat, die Verwaltung zu kontrolliren, so ist das Publikum bisher in einem argen Irrthum befangen gewesen insofern, als es in der Existenz eines Staatskommissars die Gewährleistung einer reellen Verwaltung sah. Auf einem anderen Gebiete des Ressorts des Landwirthschaftsministers hat das Publikum in jüngster Zeit gleichfalls erkennen müssen, daß es sich geirrt hat. Auch die Hagelversicherungsgesellschaft „Germania", ebenfalls ein agrarisches Unternehmen, die vor einiger Zeit zusammenbrach, erfreute sich eines staatlichen Kommissars. Die Staatsaufsicht versagt gerade dann, wenn sie am nöthigsten wäre.

— Mit dem 1. Mai tritt der Sonderfahrplan in Kraft und es kommen auch die für Sonntagsausflüge so beliebten Personen-Sonderzüge bis auf weiteres an jedem Sonn- und Festtage zwischen Stettin und Podejuch beziehungsweise Finkenwalde, Altdamm und Hohenkrug zur Ablassung:

A. nach Podejuch, Abfahrt von Stettin 10,15 Vorm., 1,00, 2,05 und 7,40 Nachm. Rückfahrt von Podejuch 10,55 Vorm. 1,30, 2,40, 7,12 und 10,40 Nachm.

B. nach Finkenwalde, Altdamm und Hohenkrug. Abfahrt von Stettin 9,00 Vorm. und 1,35 Nachm. Rückfahrt von Hohenkrug 7,50, von Altdamm 8,06, von Finkenwalde 8,17 Abends.

Zu diesen Sonderzügen werden Sonderrückfahrkarten von Stettin nach Finkenwalde oder Podejuch zum Preise von 50 Pf. in II. und 35 Pf. in III. Wagenklasse, nach Altdamm oder Podejuch zum Preise von 60 Pf. in II. und 40 Pf. in III. Wagenklasse und nach Hohenkrug oder Podejuch zum Preise von 1 M. in II. und 70 Pf. in III. Wagenklasse ausgegeben, welche auch zur Benutzung der zu nachstehend genannten Zeiten abgehenden regelmäßigen Züge berechtigen: von Stettin nach Podejuch 6,33 und 7,47 Vorm., 3,30, 6,45 und 8,07 Nachm. Rückfahrt von Podejuch 7,08 und 8,57 Vorm., 3,58 und 8,43 Nachm. Von Stettin nach Finkenwalde, Altdamm und Hohenkrug 5,18, 5,32 Vorm. (nur nach Hohenkrug), 5,50 und 7,52 Nachm. Rückfahrt von Hohenkrug 7,12 und 9,55 Vorm., 1,01, 4,58 und 9,22 Nachm. Außerdem von Altdamm 9,41 Vorm. und 9,02 Nachm. Nähere Angaben ent-

halten die besonderen zum Aushang gelangenden Bekanntmachungen.

— Vom 1. Mai bis 15. September d. J. kommen auf der Randower Kleinbahn — Strecke Stöven-Stolz. Glashütte — an den Sonn- und Festtagen von Stöven nach Stolzenburg, Lenzen und Stolzenburger Glashütte Rückfahrkarten III. Klasse zum ermäßigten Preise von 0,80 Mark zur Ausgabe. Diese Karten berechtigen zur Rückfahrt nur am Tage der Lösung zu sämtlichen Zügen.

— Eine neue Bestimmung betreffend das Rauchen in der zweiten und dritten Wagenklasse ist eingeführt worden, sie lautet: Wenn in gemischten Zügen der Hauptbahnen nur je eine Abtheilung zweiter und dritter Klasse vorhanden ist, darf in diesen Abtheilungen nur unter Zustimmung aller in denselben mitreisenden Personen geraucht werden. In derartigen Fällen werden in den einzelnen Abtheilen Pappschilder mit der Aufschrift: „Das Rauchen ist nur unter Zustimmung aller Mitreisenden gestattet" aufgehängt. Bisher galten die Abtheile in solchen Fällen als Rauchabtheile.

— Dem Domänenpächter, Oberamtmann Kroll in Neuenhagen, Regierungsbezirk Köslin, ist der Charakter als Amtsrath verliehen worden.

— Der Bürgermeister Dr. Krause zu Barth ist zum besoldeten Stadtrath der Stadt Posen gewählt.

— Die Vorarbeiten zur Aenderung der Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 werden voraussichtlich noch über das Jahr 1898 hinaus andauern. Der deutsche Seefischereiverein ersucht deshalb alle Interessenten um Mittheilung etwa mit Bezug hierauf bestehender Wünsche, damit er deren Berücksichtigung anstreben kann.

— Der 13. Verbandstag der deutschen Gewerkvereine wird in der Pfingstwoche, in den Tagen vom 30. Mai bis 4. Juni, in Magdeburg abgehalten werden. Es werden 17 Berufsgewerkvereine durch 42 Abgeordnete vertreten sein, von denen 12 auf Berlin und 12 auf die Provinz Sachsen entfallen. Die Tagesordnung enthält folgende Vorträge: 1. Wem gebührt die Aufgabe der Arbeitslosenunterstützung? Referent: Verbandsabgeordneten R. Mauch-Berlin und C. Hahn-Burg. 2. Die Berufsorganisation der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter. Referenten: Verbandsabgeordneten Pioch-Berlin und Schenk-Mannheim. 3. Wie stellen sich die Gewerkvereine zu den Arbeitseinstellungen? Referenten: Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch und Verbandstagsabgeordneter R. Bahlke-Berlin. 4. Das Interesse der Arbeiter an der Handels- und Zollpolitik. Referenten: Eine Fachautorität und Verbandsredakteur C. Goldschmidt-Berlin. Die übrigen Berathungsgegenstände beziehen sich auf die Ortsverbände, die Verbandsagitation und das Verbandsorgan.

— Die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft macht soeben bekannt, daß ihre diesjährige allgemeine deutsche Wander-Ausstellung in Dresden wegen der Anordnung der Reichstagswahlen nicht, wie beabsichtigt, vom 16. bis 21. Juni stattfinden kann, daß sie vielmehr erst in der Zeit vom Donnerstag, dem 30. Juni, bis Dienstag, den 5. Juli d. J., abgehalten wird, indem alle Termine der Ausstellung sinngemäß um 14 Tage hinausgeschoben werden.

— Der 15. deutsche Feuerwehrtag, der am 2. Mai in Charlottenburg abgehalten werden sollte, ist auf den 9. Mai verlegt worden.

— Der Schutzmann Klitsch, der, wie mitgetheilt, gestern Morgen einen Selbstmordversuch machte, ist in Folge der dabei erhaltenen schweren Wunden erlegen.

* Vermißt wird seit einigen Tagen die 14jährige Emma Müller, bei den Eltern, Birkenallee 33, wohnhaft.

— Das Ibsen-Theater beendet am Sonntag sein Gastspiel im Stadttheater. Die letzten Vorstellungen bringen noch folgende Werke des nordischen Dichters: Freitag: „Rosmersholm", Sonnabend (kleine Preise): „Ein Volksfeind", Sonntag: „Nora".

— Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 1. Mai, die diesjährige Kunst-Ausstellung im Konzerthause geschlossen wird. Wer dieselbe noch nicht gesehen — leider sind dies sehr Viele —, dem empfehlen wir noch in letzter Stunde den Besuch derselben, sie bietet auch für den Laien viel Interessantes und es ist dringend nöthig, daß durch zahlreichen Besuch die Bestrebungen des Pommerschen Kunst-Vereins unterstützt werden.

— Die „Poesie der Liebe" nimmt oft ein sehr prosaisches Ende, das zeigt sich in folgendem Inserat, welches wir in heutiger Nummer des „Altdammer Landboten" finden: Huhra — Huhra. Die Verlobung mit Freulein A Zabel und Herrn C Neumann ist Aufgehoben nicht durch seinet wegen sondern durch Meinet wegen weil mihr die Geschickte mit ihm über Ist — — Auguste Zabel Ringstraße Nr. 11.

— In der Sonntagnacht wüthete in dem Dorfe Gornow, im Kreise Greifenhagen, ein größeres Schadenfeuer. Niedergebrannt sind die Stallungen und Scheunen des Bauerhofsbesitzers Christian Schnell und der Eigenthümer Bernsee und Sauer. Mehrere Kühe und etwa 30 Schafe sind mitverbrannt.

# Der Torgelower Streik vor Gericht.

III.

* **Stettin**, 28. April.

Die heutige Sitzung des Schwurgerichts wurde einige Minuten nach 9 Uhr eröffnet und mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zunächst wurde der Former Johann Karl Massatsch aus Berlin gehört, derselbe schildert ausführlich die Entstehung und den Verlauf des Streiks. Im August und September 1897 hatte der deutsche Metallarbeiter-Verband in Torgelow Mitglieder geworben, dies war den Fabrikbesitzern nicht genehm und es erfolgten mehrfach Entlassungen der organisirten Arbeiter in der Fabrik von Mentzel u. Co. Daraufhin wurde in einer Arbeiterversammlung am 30. Oktober eine Kommission gewählt, welche versuchen sollte, die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter bezw. die Zurücknahme der Kündigungen zu erwirken. Die Kommission wurde abschlägig beschieden und die Folge war eine Arbeitsniederlegung in der Mentzel'schen Fabrik. Nunmehr erhob die Firma gegen die Arbeiter beim Gewerbegericht in Ueckermünde Klage wegen Kontraktbruchs und es kam ein Schiedsspruch zu Stande, wonach alle Arbeiter mit Ausnahme von vier besonders namhaft gemachten wieder angenommen werden sollten, sofern sie eine für den Kontraktbruch festgesetzte Strafe von 6 Mark an die Krankenkasse zahlten. Weiter wurde bestimmt, daß in der Fabrik keinerlei Agitation zu dulden sei, daß sich dagegen die Fabrikleitung um das Vereinswesen außerhalb der Fabrik nicht bekümmern werde. Inzwischen waren die Modelle der Mentzel'schen Fabrik an die übrigen Torgelower Werke weitergegeben worden, dort weigerten sich die Arbeiter, diese Stücke fertig zu stellen und es traten erneut Arbeitseinstellungen ein. In einer Versammlung am 7. November wurden wiederholt die Forderungen der Arbeiter festgestellt, dieselben gingen in der Hauptsache dahin, daß alle entlassenen Arbeiter wieder angenommen werden sollten und daß es jedem Arbeiter freistehen müsse, sich einer Organisation anzuschließen. Ausdrücklich wurde jedoch hervorgehoben, daß eine Aenderung der Arbeitsbedingungen nicht beabsichtigt sei. Die Fabriken lehnten auch diese Forderungen ab, indem sie gleichzeitig bekannt machten, daß alle diejenigen Arbeiter, welche bis zum kommenden Montag Mittag die Arbeit nicht aufgenommen hätten, als entlassen betrachtet werden würden. Andererseits hätten nur diejenigen Arbeiter auf Wiederannahme zu rechnen, welche einen schriftlichen Nachweis dafür erbrächten, daß sie aus dem Fachverein ausgeschieden oder in den Gewerkverein eingetreten wären. Die Arbeiter wollten unter dieser Bedingung nicht wieder anfangen und der Streik dauerte also fort. Nochmals wurde das Gewerbegericht angerufen und zwar sowohl von den Arbeitgebern, als auch von den Arbeitnehmern. Erstere wollten Schadenersatzansprüche geltend machen, Letztere die Zurücknahme der Kündigungen unter Anerkennung ihres Koalitionsrechts durch die Fabrikherren durchsetzen. Die Ansprüche auf Schadenersatz wurden als unstatthaft zurückgewiesen und bezüglich des Kündigungsrechtes der Arbeitgeber erging der Spruch dahin, daß dasselbe auch gegenüber denjenigen Arbeitern, welche einer gesetzlich erlaubten Vereinigung angehören, nicht beschränkt werden könne. Die Arbeiter waren mit dieser Entscheidung um so mehr unzufrieden, da sie glaubten, die Zusammensetzung des Gewerbegerichts bemängeln zu dürfen, weil ein Arbeiter von der stark interessirten Firma Mentzel und Co. als Beisitzer fungirt hatte. Zeuge Massatsch bekundet weiter, daß noch mehrfach Vergleichsversuche seitens der Arbeitnehmer gemacht worden wären, dieselben hätten aber scheitern müssen, da die Arbeitgeber an der früher gestellten Bedingung des Austritts aus dem Fachverein festhielten. Dadurch sei allerdings eine gewisse Erbitterung hervorgerufen worden, die noch stieg, als sich das Gerücht verbreitete, daß Torgelower Arbeiter in auswärtigen Fabriken keine Arbeit finden konnten. Nach dem Vorfall vom 10. Januar haben die Ausständigen sich den Bedingungen der Fabrikbesitzer unterworfen, sodaß der Streik jetzt beendet ist. An dem Unglückstage selbst war der Zeuge nicht in Torgelow anwesend, er hatte am Sonntag eine Versammlung in Eggesin geleitet und war von dort nach Berlin gefahren. Ueber die Thätigkeit des Angeklagten Meyer befragt, giebt Zeuge an, daß derselbe in den Versammlungen wohl hin und wieder das Wort genommen habe, sonst aber nicht hervorgetreten sei. Der Schlosser Lehmann habe nur beim Abstempeln der Streikkarten geholfen. Unmittelbar vor dem 10. Januar ist Zeuge mehrere Tage in Torgelow gewesen, er will jedoch von einer Gährung nichts bemerkt haben. Einen Vertreter habe er bei der Abreise nicht gestellt. Hinsichtlich der Streikposten bekundet Massatsch, daß allerdings zu Beginn des Ausstandes einige Leute auf den Bahnhof und die meistbegangenen Landstraßen gesandt worden, um etwa zuziehende Arbeiter über die Lage der Dinge aufzuklären. Die Vertheilung dieser Posten habe er den ortskundigeren Arbeitern selbst überlassen müssen, da der Zuzug jedoch kaum nennenswerth war, so sei später auf die Streikposten ganz verzichtet worden. Zeuge will stets von einem Einwirken auf die in Arbeit befindlichen Leute abgerathen haben.

Der folgende Zeuge, Former Riehn aus Torgelow, bestätigt die von Massatsch gemachten Angaben in allen wesentlichen Punkten. — Zeuge Kreissekretär Siller, Vorsitzender des Gewerbegerichts in Ueckermünde, giebt an der Hand der über die Angelegenheit geführten Akten eine Schilderung der vor dem Gewerbegericht stattgehabten Einigungsverhandlungen, die jedesmal viele Stunden in Anspruch genommen haben. Das Resultat waren die bereits von Massatsch mitgetheilten Entscheidungen. — Zeuge Amtsvorsteher Schulze aus Torgelow hat die durchweg von 400—500 Personen besuchten Streikversammlungen zu überwachen gehabt und dabei den Eindruck gewonnen, als wäre die Menge durch die vielen Reden allmälig dumm und blind gemacht worden, so daß sie am Ende Recht und Unrecht nicht mehr zu unterscheiden vermochten. Aufreizende Ausdrücke wie „Sechserfabrikanten" wären an der Tagesordnung gewesen. Meyer habe sich in den Versammlungen als Redner hervorgethan. — Aehnliche Wahrnehmungen hat auch der Gendarm Schwabe bei Ueberwachung der Versammlungen gemacht, er ist ferner im November beordert worden, Trupps auswärtiger Arbeiter auf dem Wege zur Fabrik sowohl wie auf dem Rückwege zu begleiten. Zum gleichen Zweck wurden im November 1897 noch andere Gendarmen herangezogen. Später wurde dieser Sicherheitsdienst wieder eingestellt. Den in Torgelow wohnhaften Arbeitern wurden vielfach die Fenster eingeworfen. — Fabrikbesitzer Freundel-Torgelow weiß, daß einzelne Arbeiter sich Revolver angeschafft haben, von Schießübungen in den Fabriken ist ihm dagegen nichts bekannt, ebensowenig davon, daß Schlagringe angefertigt sein sollen. — Von erheblicherem Interesse sind sodann die Aussagen derjenigen Zeugen, welche am 10. Januar Abends den Weg nach Kuhlmorgen passirt haben. Der Former Dittmer, der bei Freundel u. Zäske arbeitete, hat um 6½ Uhr etwa den Heimweg angetreten, auf der Waldblöße, die er gegen 7 Uhr erreichte, trafen ihn Steinwürfe, er vermuthete nichts Gutes und rief deshalb, er sei ein Vollgold'scher Arbeiter, da er wußte, daß diese Leute nicht behelligt wurden. Man hatte ihn denn auch ruhig gehen lassen. — Der Arbeiter Risch von Mentzel u. Co. kam nicht so glimpflich davon, er wurde mit Knütteln geworfen, niedergestoßen und von vielen Seiten geschlagen. — Die Arbeiter Blümke und Heuer gingen gemeinsam durch den Wald, sie wurden mit gefrorenen Sandstücken geworfen, worauf die schon erörterte Scene mit dem Hervorholen des Revolvers folgte. Auf der Flucht stürzte Blümke über eine Baumwurzel, wodurch er den Verfolgern in die Hände fiel. Diese schlugen ihn dermaßen, daß er bewußtlos liegen blieb, und als er wieder zu sich kam, war er noch so in Angst, daß er die Stiefel auszog, um sich recht leise und unbemerkt fortschleichen zu können. Heuer vermochte sich in den Wald zu retten. — Nunmehr wird Kreisphysikus, Medizinalrath Schulze als Gutachter über den Geisteszustand des Angeklagten Albert Voß gehört, er hat den Mann längere Zeit beobachtet und ist zu dem Ergebniß gelangt, daß bei ihm die freie Willensbestimmung zwar nicht ausgeschlossen, aber doch erheblich vermindert sei. Ein Antrag des Vertheidigers Rechtsanwalts Jakobsohn, die Verhandlung gegen Albert Voß auszusetzen, wird vom Gericht abgelehnt, da nicht dargethan sei, daß der Angeklagte unfähig wäre, der Verhandlung zu folgen. — Zeuge Kranzow hat bald nach Blümke und Heuer den Wald betreten und ist durch das Geschrei veranlaßt worden, einen anderen Weg zu nehmen, weshalb er unbehelligt blieb. Als er am nächsten Morgen wieder nach Torgelow ging, sah er den Platz, wo die Leiche des Arndt gelegen hatte, mit Steinen und Knütteln bedeckt. Nicht weit davon hob er einen Revolver auf, den Berger am Abend vorher getragen hatte. Auf der Blöße sah Zeuge die Stelle, wo Arndt zuerst niedergeworfen worden ist, die Gestalt hatte sich im Sande abgedrückt, ausgeworfenes, gekautes Brod und geronnenes Blut deutete auf den vorgekommenen Gewaltakt hin. Die Begleiter des Arndt sind ebenfalls erheblich mißhandelt worden, am schlimmsten der Arbeiter Giermann, welcher 11 Wochen krank gelegen hat.

Nach 1 Uhr wurde eine Pause gemacht.

## Aus den Provinzen.

)( **Demmin**, 27. April. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Gielow zu Jarmen ist das Konkursverfahren eröffnet. Konkursforderungen sind bis zum 15. Juni bei dem hiesigen Amtsgericht anzumelden.

† **Polzin**, 27. April. Am 15. Mai wird hierselbst der diesjährige Verbandstag des hinterpommerschen Bezirksvereins des Deutschen Fleischerverbandes abgehalten werden.

§ **Köslin**, 27. April. Gestern fand im Kadettenhause ein Abschiedsessen für den von hier scheidenden Oberstlieutenant Freiherrn von Medem statt, am Abend brachten die Kadetten ihrem bisherigen Kommandanten einen Fackelzug.

## Gerichts-Zeitung.

**Berlin**, 28. April. Wegen einer in der königlichen Charitee einem Kranken zugefügten wiederholten Mißhandlung hatte sich gestern der Oberkrankenwärter Wilhelm Senz vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Er war Stationswärter auf der Station J. M. 9 und wird beschuldigt, in der Nacht zum 4. März und am Morgen des 4. März einen dort stationirten Kranken, Namens Fisch, der am Delirium, an der Zuckerkrankheit und an Kopfrose litt und wenige Tage nach dem 4. März gestorben ist, mißhandelt zu haben. Er bestritt dies und behauptete, daß er den Patienten, der sein Bett verlassen habe und in unzulässiger Weise mit bloßen Beinen im Saale umhergegangen sei, in ordnungsmäßiger Weise in sein Bett zurückgebracht habe. Der zuständige Oberarzt Dr. Jacobi hat den Kranken am 4. März untersucht und zwar blaue Flecke am Körper und eine blutrünstige Stelle im Gesicht vorgefunden, giebt aber die Möglichkeit zu, daß die ersteren auf Selbstverletzungen beim Toben im Bett, die letzteren auf seine Krankheit zurückzuführen seien. Die Bekundungen mehrerer Zeugen, die mit Fisch auf derselben Station lagen, fielen zu Ungunsten des Angeklagten aus. So bekundet der Kellner Hentrich: Gegen 12 Uhr Nachts sei der unruhige Patient, wie dies öfter geschah, aus seinem Bett aufgestanden, habe sich aber wieder besänftigen lassen. Er sei dann wieder aufgestanden, und nun sei der Angeklagte, der plötzlich im Zimmer erschienen sei, auf den Kranken losgestürzt und habe ihn unter Anwendung von Schimpfworten, wie „Du Strolch, Vagabund, Saufbruder, Delirienbruder, Du willst uns hier unnöthige Arbeit machen?" wiederholt über den Schädel und ins Gesicht geschlagen, so daß er blutete. Am nächsten Morgen kurz nach 6 Uhr sei Fisch wieder aufgestanden, habe seine Betten zusammengepackt und das Zimmer verlassen wollen. Da habe ihn der Angeklagte zurückgestoßen, ihm mindestens 30 bis 40 Schläge in den Rücken, auf die Brust, ins Gesicht und auf den Kopf versetzt und ihn gewaltsam auf das Bett zurückgeworfen. Dasselbe bekundete der Zeuge Jacobs. Derselbe schilderte den Kranken als einen leicht zu besänftigenden Menschen, der in jener Nacht allerdings wiederholt aufgestanden und von ihm selbst ohne große Anstrengung wieder beruhigt worden war, da sich ein Wärter nicht sehen ließ. Letzterer habe geschlafen. Der Angeklagte habe den Kranken in der Nacht mißhandelt und am Morgen direkt wieder ins Bett hineingeprügelt. Schimpfworte wie „ich haue Ihnen in die Fr . . . ." seien bei dem Angeklagten gang und gäbe gewesen. Auch der Zeuge Dicko hat die Mißhandlungen gesehen und die Schläge, die der Angeklagte dem Kranken ins Gesicht gab, laut schallen hören. Der Wärter Reke, der den Angeklagten nicht übermäßig belastete, mußte gleichfalls zugeben, daß der Kranke mißhandelt worden sei. Wahrscheinlich um die Augenzeugen einzuschüchtern, hat der Angeklagte bei seinem Weggange noch in den Saal hineingerufen: „Wenn Jemand Interesse daran hat, mich zu melden, so mag er es getrost thun." Die Meldung ist später durch einen der Zeugen erfolgt; er hat damit gewartet, bis er das Krankenhaus verlassen hatte, denn da Arzneien, Nahrungsmittel u. s. w. durch die Hand des Angeklagten gingen, hatte er Furcht, daß ihm etwas passiren könnte, wenn er die Anzeige noch während seiner Anwesenheit in der Charitee machte. Die Charitee-Direktion hat den Angeklagten in Folge jener Vorkommnisse sofort entlassen und selbst die Strafanzeige erstattet. Oberarzt Dr. Jacobi gab dem Angeklagten das Zeugniß eines pflichttreuen, fleißigen Beamten, der aber mehrfach habe verwarnt werden müssen, weil Beschwerden über sein nicht genügend zartes Wesen und über grobe Redensarten, die er gebraucht habe, ergangen waren. Die Beweisaufnahme ergab noch, daß der Angeklagte den schwer kranken Fisch vielfach gequält und ihn, der kaum auf den Beinen sich zu halten vermochte, gezwungen habe, Bettdecken zu überziehen u. s. w. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die unglaubliche Rohheit und die niedrige Gesinnung, die der Angeklagte bekundet, ein Jahr Gefängniß. Der Gerichtshof hielt es für erwiesen, daß der Angeklagte, der übrigens keine Beamteneigenschaft besaß, durch die empörende Mißhandlung eines Schwerkranken seine Pflicht als Krankenwärter in ganz grober Weise verletzt und das in ihn gesetzte Vertrauen brutal getäuscht habe. Der Gerichtshof hielt für jeden Fall eine einjährige Gefängnißstrafe für eine angemessene Sühne und führte diese Einzelstrafen auf eine Gesamtstrafe von 1½ Jahren Gefängniß zurück.

## Vermischte Nachrichten.

— Demnächst werden deutsche Reichspostkarten mit eingedruckter Marke in ganz Berlin unentgeltlich verabreicht werden. Es hat sich nämlich eine Gesellschaft gebildet, welche die Rückseite der Postkarten mit kleinen Reklameanzeigen bedrucken und die so bedruckten Karten in Geschäften aller Art an Jedermann umsonst verabfolgen läßt. Die Karten sind in 8 verschiedenen Mustern hergestellt worden und enthalten 10 bis 24 größere oder kleinere Felder, welche mit Reklameannoncen bedeckt sind. Die Kosten des Unternehmens werden durch die Insertionsgebühren gedeckt, welche stets für eine Auflage von 10 000 Karten berechnet werden. Von dieser Auflage werden dem Inserenten selbst 5 bis 10 Prozent, also 500 bis 1000 Karten, umsonst zur Verfügung gestellt. Auch noch eine andere originelle Art der Reklame ist seit einiger Zeit in Berlin eingeführt worden, nämlich „Brodhülsen", die mit Annoncen bedeckt sind. Bekanntlich wurden sonst die gekauften Brode von den Bäckern in Zeitungspapier eingeschlagen. Jetzt aber werden den Bäckern von einem Unternehmer saubere Papierhülsen umsonst zugestellt, die auf den Außenseiten in blauem Druck alle möglichen Reklameanzeigen enthalten.

**Chemnitz**, 26. April. Sonntag früh ist im Staatswalde in der sogenannten Fröhne bei Geringswalde ein arg verstümmelter weiblicher Leichnam gefunden worden, in dem das einzige Kind des Streckenarbeiters Riedel aus Aschershain, dessen 18jährige Tochter, erkannt wurde, die Sonnabend Abend gegen 8 Uhr ihre Arbeitsstätte in Geringswalde verlassen und sich auf den Heimweg begeben hatte, um den Sonntag, wie immer, bei den Eltern zu verleben. Hier liegt ein Lustmord vor, wie er entsetzlicher nicht hat ausgeführt werden können, denn die menschliche Bestie hat sogar Theile von der Leiche der armen Ermordeten mit bis herein nach Altgeringswald genommen und an einem Baume an der Chaussee aufgehängt. Es muß nach den Eindrücken im Erdreich ein harter Kampf zwischen dem Opfer und dem Mörder stattgefunden haben; man fand einen meterlangen, nicht allzu starken Knüppel auf, mit dem die Aermste erschlagen worden ist. Eine sichere Spur des Thäters hat man noch nicht. Die Bevölkerung ist in großer Erregung.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 28. April. Wetter: Schön. Temperatur + 12 Grad Reaumur. Barometer 762 Millimeter. Wind: NO.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 53,00 bez.

**Berlin**, 28. April. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 53,40, loko 50er amtlich —,—.

**London**, 28. April. Wetter: Regen.

**Berlin, 28. April. Schluß-Kourse.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Preuß. Consols 4% | 103,40 | London kurz | 205,00 |
| do. do. 3½% | 103,40 | London lang | 203,10 |
| do. do. 3% | 97,50 | Amsterdam kurz | 169,60 |
| Deutsche Reichsanl. 3% | 96,70 | Paris kurz | 81,05 |
| Pomm. Pfandbriefe 3½% | 100,20 | Belgien kurz | 80,80 |
| do. do. 3% | 91,80 | Berliner Dampfmühlen | 129,50 |
| do. Neuländ. Pfdbr. 3½% | 100,20 | Neue Dampfer-Compagnie (Stettin) | 93,50 |
| 3% neuländ. Pfandbriefe | 91,80 | „Union", Fabrik chem. Produkte | 123,60 |
| Centrallandsch. Pfdbr. 3½% | 100,90 | Bartziner Papierfabrik | 188,25 |
| do. 3% | 91,25 | Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke | 194,75 |
| Italienische Rente | 92,10 | 4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk. | 100,25 |
| do. 3% Eisenb.-Oblig. | 57,90 | 3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905 | 99,75 |
| ungar. Goldrente | 102,5 | Stett. Stadtanleihe 3½% | —,— |
| Rumän. 1881er am. Rente | 100,00 | **Ultimo-Kourse:** | |
| Serbische 4% 95er Rente | 57,60 | Disconto-Commandit | 194,25 |
| Griech. 5% Goldr. v. 1890 | 38,25 | Berliner Handels-Gesellsch. | 159,75 |
| Rum. amort. Rente 4% | 93,25 | Oesterr. Credit | 222,00 |
| Mexikan. 6% Goldrente | 96,0 | Dynamite Trust | 181,50 |
| Oesterr. Banknoten | 170,00 | Bochumer Gußstahlfabrik | 214,70 |
| Russ. Banknoten Cassa | 216,85 | Laurahütte | 188,60 |
| do. do. Ultimo | 216,50 | Harpener | 182,00 |
| Gr. Russ. Zollcoupons | 324,10 | Hibernia Bergw.-Gesellsch. | 190,50 |
| Französische Banknoten | 81,10 | Dortm. Union Littr. C. | 97,10 |
| National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½% | 84,60 | Ostpreuß. Südbahn | 90,10 |
| do. (100) 4% | 83,20 | Marienburg-Mlawkabahn | 84,10 |
| do. (100) 4% | 77,50 | Norddeutscher Lloyd | 111,25 |
| do. unkb. b. 1905 (100) 3½% | 77,50 | Lombarden | 32,00 |
| Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission | 100,50 | Franzosen | 147,50 |
| Stett. Vulc.-Akt. Littr. B. | 195,00 | Luxemb. Prince-Henribahn | 111,50 |
| Stett. Vulc.-Prioritäten | 197,00 | | |
| Stettiner Straßenbahn | 174,00 | | |
| Petersburg kurz | 216,00 | | |
| Warschau kurz | 216,30 | | |

Tendenz: Fest.

**Paris**, 27. April, Nachmittags. (Schlußkourse.) Fest.

| | 27. | 26. |
|---|---|---|
| 5% Franz. Rente | 102,27 | 101,87 |
| 3% Ital. Rente | 92,15 | 91,65 |
| Portugiesen | 17,10 | 17,00 |
| Portugiesische Tabaksoblig. | 442,00 | 438,00 |
| 4% Rumänier | —,— | —,— |
| 4% Russen de 1889 | 101,50 | —,— |
| 4% Russen de 1894 | 67,45 | 67,40 |
| 3½% Russ. Anl. | 100,10 | 99,60 |
| 3% Russen (neue) | 95,55 | 95,00 |
| 4% Serben | 59,00 | 58,00 |
| 4% Spanier äußere Anleihe | 34,62 | 34,25 |
| Convert. Türken | 21,07 | 20,75 |
| Türkische Loose | 103,00 | 100,50 |
| 4% türk. Pr.-Obligationen | 444,00 | —,— |
| Tabacs Ottom. | 278,00 | 270,00 |
| 4% ungar. Goldrente | 102,25 | —,— |
| Meridional-Aktien | —,— | 667,00 |
| Oesterreichische Staatsbahn | 743,00 | 738,00 |
| Lombarden | —,— | 180,00 |
| B. de France | 3610 | 3610 |
| B. de Paris | 888,00 | 877,00 |
| Banque ottomane | 532,00 | 527,00 |
| Credit Lyonnais | 819,00 | 818,00 |
| Debeers | 646,00 | 633,00 |
| Langl. Estat. | 75,00 | 73,00 |
| Rio Tinto-Aktien | 689,00 | 667,00 |
| Robinson-Aktien | 198,00 | 192,50 |
| Suezkanal-Aktien | 3455 | 3435 |
| Wechsel auf Amsterdam kurz | 206,75 | 206,62 |
| do. auf deutsche Plätze 3 M. | 122,12 | 122,12 |
| do. auf Italien | 7,00 | 7,00 |
| do. auf London kurz | 25,26½ | 25,29 |
| Cheque auf London | 25,29 | 25,31½ |
| do. auf Madrid kurz | 280,00 | 283,00 |
| do. auf Wien kurz | 207,37 | 207,37 |
| Huanchaca | 48,00 | 44,50 |
| Privatdiskont | —,— | —,— |

**Hamburg**, 27. April, 6 Uhr Abends. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Kaffee good average Santos per September 30,25, per März 31,75, per Dezember —,—. Unregelmäßig.

**Hamburg**, 27. April, 6 Uhr Abends. Zuckermarkt. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per Mai 9,42½, per August 9,67½, per Oktober-Dezember 9,65. Behauptet.

**Bremen**, 27. April. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 5,45. Schmalz fest. Wilcox 31½ Pf., Armour shield 31½ Pf., Cudahy 32½ Pf., Choice Grocery 32½ Pf., White label 32½ Pf. Speck fest. Short clear middl. loko 30½ Pf. Reis höher.

**Wien**, 27. April. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 15,35 G., 15,45 B., per Mai-Juni 14,58 G., 14,60 B. Roggen per Frühjahr 10,70 G., 10,80 B., per Mai-Juni 8,60 G., 8,70 B. Mais per Mai-Juni 6,44 G., 6,46 B. Hafer per Frühjahr 7,97 G., 7,99 B.

**Pest**, 27. April. Getreidemarkt. Loko Weizen etwas matter. Uebriges fest. — Wetter: Schön.

**Amsterdam**, 27. April, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftsl., per Mai —,—, per November —,—. Roggen loko fest, do. auf Termine fest, Schluß träge, per Mai 163,00, per Oktober 150,00. Rüböl loko 29,37, per Mai 28,75, per Herbst 26,00.

**Amsterdam**, 27. April. Java-Kaffee good ordinary 33,00.

**Amsterdam**, 27. April. Bancazinn 39,37.

**Antwerpen**, 27. April, Nachmittags 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16,12 bez. u. B., per Mai 16,12 B., per Juni 16,25 B. Fest. — Schmalz per April 80,00.

**Paris**, 27. April, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per April 32,55, per Mai 32,60, per Mai-August 31,45, per Juli-August 30,25. Roggen ruhig, per April 20,50, per Juli-August 18,65. Mehl fest, per April 67,25, per Mai 67,50, per Mai-August 67,00, per Juli-August 66,25. Rüböl fest, per April 56,75, per Mai 57,00, per Mai-August 57,25, per September-Dezember 58,25. Spiritus fest, per April 48,75, per Mai 48,25, per Mai-August 47,75, per September-Dezember 43,50. — Wetter: Schön.

**Paris**, 27. April, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 30,00 bis 30,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per April 33,75, per Mai 34,00, per Mai-August 34,25, per Oktober-Januar 31,75.

**London**, 27. April. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 52 Lstr. 12 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 65 Lstr. 15 Sh. — d. Zink 19 Lstr. — Sh. — d. Blei 14 Lstr. — Sh. — d. Roheisen. Mixed numbers warrants 46 Sh. 7 d.

**London**, 27. April. Spanisches Blei 14 Lstr. — Sh. — d.

**London**, 27. April. Chili-Kupfer 52,50, per drei Monate 53,00.

**London**, 27. April. 96proz. Javazucker 11,25 stetig. Rüben-Rohzucker loko 9 7/16 fest. Centrifugal —,—.

**London**, 27. April. Getreidemarkt. (Schluß.) Getreide stramm, Gerste ¼ Sh., Hafer ¼—½ Sh. höher Käufer, für übrige Artikel Preise gegen Anfang unverändert. Stadtmehl 35—40 Sh., schwimmendes Getreide ruhig.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 21 420, Gerste 3190, Hafer 34 320 Quarters.

**London**, 27. April. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

**Glasgow**, 27. April, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 5½ d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. 3½ d.

**Newyork**, 27. April. (Anfangskourse.) Weizen per Juli 102,00. Mais per Juli 40,25.

**Newyork**, 27. April, Abends 6 Uhr.

| | 27. | 26. |
|---|---|---|
| Baumwolle in Newyork | 6 5/16 | 6,37 |
| do. Lieferung per Mai | —,— | 6,15 |
| do. Lieferung per Juli | —,— | 6,25 |
| do. in Neworleans | 5,75 | 5,75 |
| Petroleum, raff. (in Cases) | 6,25 | 6,25 |
| Standard white in Newyork | 5,60 | 5,60 |
| do. in Philadelphia | 5,55 | 5,55 |
| Credit Balances at Oil City Febr. | 71,00 | 71,00 |
| Schmalz Western steam | 5,90 | 5,92½ |
| do. Rohe und Brothers | 6,25 | 6,30 |
| Zucker Fair refining Moscovados | 3 11/16 | 3 11/16 |
| Weizen fest. | | |
| Rother Winterweizen loko | 125,50 | 124,50 |
| per Mai | 122,00 | 121,50 |
| per Juli | 101,62 | 100,62 |
| per September | 90,00 | 89,62 |
| per Dezember | 87,75 | 87,75 |
| Kaffee Rio Nr. 7 loko | 7,00 | 6,87 |
| per Mai | 6,05 | 5,85 |
| per Juli | 6,00 | 5,85 |
| Mehl (Spring-Wheat clears) | 4,40 | 4,35 |
| Mais fest, | | |
| per Mai | 38,75 | 38,87 |
| per Juli | 39,62 | 39,75 |
| per September | —,— | 40,75 |
| Kupfer | 12,25 | 12,25 |
| Zinn | 14,60 | 14,60 |
| Getreidefracht nach Liverpool | 5,00 | 4,00 |

**Chicago**, 27. April.

| | 27. | 26. |
|---|---|---|
| Weizen fest, per Mai | 121,25 | 123,00 |
| per Juli | 94,75 | 93,37 |
| Mais fest, per Mai | 33,75 | 33,62 |
| Pork per April | 11,22½ | 11,30 |
| Speck short clear | 5,75 | 5,75 |

## Wasserstand.

* **Stettin**, 28. April. Im Revier 5,62 Meter = 17′ 11″.

## Telegraphische Depeschen.

**London**, 28. April. „Newyork Herald" meldet aus Havanna, daß ein Seetreffen zwischen einem amerikanischen Torpedobootzerstörer und dem spanischen Kanonenboot „Ligera" bei Cabo Piedro stattgefunden hat. „Ligera" wurde der Schornstein weggerissen, schließlich zog sich das amerikanische Schiff stark beschädigt und mit bedenklicher Seitenneigung zurück.

Aus Havanna wird weiter gemeldet, daß das spanische Transportschiff „Montserrat", mit 1000 Soldaten, einer halben Million Dollars Silber und 18 schweren Geschützen an Bord, trotz der Blockade Cienfuegos erreicht habe. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt aber noch nicht vor, vielmehr kursiren auch gegentheilige Meldungen.

**London**, 28. April. „Standard" meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung habe die Steuer auf den Tonnengehalt fremder Schiffe um zwei Dollars pro Tonne erhöht, so daß die Kosten des Kriegs die Europäer zu zahlen hätten.

**London**, 28. April. Die spanische Fabrik für rauchloses Pulver in Santa Cruz soll durch eine Explosion zerstört worden sein.

**Newyork**, 28. April. Berichte aus Havanna besagen, drei spanische Schiffe seien ungeachtet der amerikanischen Blockade angelangt, darunter ein Dampfer mit drei Millionen Dollars und Munition. Ein amerikanischer Torpedojäger verfolgte diesen Dampfer, welcher jedoch durch zwei spanische Kanonenboote zur Flucht gezwungen wurde.

**Newyork**, 28. April. (Privattelegramm.) Aus Key-West wird gemeldet: Die amerikanischen Kriegsschiffe „Newyork", „Cincinnati" und „Puritan" bombardirten gestern das Fort Matanzas. Das Gefecht fing um 12½ Uhr Nachmittags an und dauerte etwa 30 Minuten. Wie verlautet, haben die Spanier große Verluste, die Amerikaner keine erlitten.